



Dr. Miriam Fritsche, Prof. Dr. Simon Güntner

Beteiligungsverfahren zwischen Erwartungen und Enttäuschungen



Wenn im Kontext von Stadt- und Quartiersentwicklung von Partizipation die Rede ist, geht es meist um zeitlich, räumlich und im Teilnehmerkreis begrenzte Verfahren zur Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten. Das können anlassbezogene Veranstaltungen (Charettes, Zukunftswerkstätten, Workshops etc.) sein oder auch regelmäßig tagende Beiräte oder Jurys, zum Beispiel zur Vergabe von Geldern aus Quartiersfonds und -budgets. Die Erwartungen an diese Verfahren sind hoch. Über die frühzeitige Einbeziehung von Bewohnern, so ein häufig formulierter Anspruch, erhöhe sich die Legitimation der Entscheidungen, die Qualität und schließlich auch die Akzeptanz der betreffenden Maßnahmen; zudem trage Beteiligung zur Stärkung des sozialen Kapitals und des Zusammenhalts in einem Quartier bei¹.

Weithin bekannt ist allerdings auch, dass projektbezogene Beteiligungsverfahren selektiv sind und zumindest das Risiko besteht, dass sie einen Teil der Betroffenen nicht erreichen und damit Ausgrenzungserfahrungen verschärfen können (vgl. Munsch 2011). Beteiligung bewegt sich demnach in einem Spannungsfeld aus Erwartungen und Enttäuschungen, was wir im Folgenden genauer beleuchten wollen². Dabei unterscheiden wir zwischen drei Ebenen der Regulierung von Beteiligungsverfahren und arbeiten jeweils Faktoren heraus, an denen sich entscheidet, wie offen sie mit Blick auf Teilnehmende, Themen und Reichweite der Mitsprache bzw. Mitentscheidung sind (vgl. Fung 2006). Diese Faktoren können in der Gestaltung und Bewertung von Beteiligungsverfahren aufgegriffen werden.

Ebenen der Regulierung von Beteiligungsverfahren

Der Zugang zu Beteiligungsverfahren wird von einer Reihe von Faktoren entschieden: Zu nennen sind hier die Rahmenbedingungen, unter denen Beteiligungsarbeit stattfindet, insbesondere die Fördervorgaben (Makro-Ebene). Daneben ist die Umsetzung der Programme, vor allem die Interpretation der Gestaltungsspielräume durch die mit Beteiligungsarbeit beauftragten Akteure, in den Blick zu nehmen (Meso-Ebene). Und schließlich wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Interaktion

in den Verfahren lenken, auf die lebensweltliche Passung der Angebote, Haltungen und Erwartungen (Mikro-Ebene).

Rahmenbedingungen und Vorfestlegungen

Die Entscheidung über die Einführung eines Beteiligungsverfahrens, seine Finanzierung und Reichweite erfolgt üblicherweise in politischen und/oder unternehmerischen Arenen, die in der Regel durch exklusive Zugangsregeln gekennzeichnet sind. Den betroffenen Quartiersbewohnern stellen sich diese Vorfestlegungen hingegen als nichtdisponibel und demnach auch nicht zu gestaltende, strukturelle Setzungen bzw. Limitierungen dar (z.B. die investive Zweckbindung von Mitteln der Städtebauförderung).

Eine Vorfestlegung dessen, was förderfähig ist und was nicht, läuft dem Prinzip zuwider, Gemeinschaftlichkeit („Community“) über das Aufspüren, Thematisieren und Aushandeln von Interessen zu entwickeln. Ein „Non-Decision-Making“ ist zu konstatieren, wie Bachrach und Baratz es bereits in den 1970er Jahren beschrieben haben (1977, S. 78 ff.): Indem bestimmte Akteure keinen Zugang zur politischen Arena haben, werden bestimmte Thematisierungen *nicht* veranlasst, bestimmte Entscheidungen *nicht* getroffen und bestimmte vorhandene Konflikte *nicht* offensichtlich. Normen, Institutionen, Entscheidungskriterien oder auch Verfahrensregeln sind in diesen Fällen dergestalt verfasst, dass durch „Gatekeeping“ am Eingang zur politischen Arena festgelegt werden kann, welche Themen überhaupt auf die Tagesordnung gelangen bzw. einer Bearbeitung oder gar Entscheidung zugeführt werden. Dies kann eine bewusste Unterdrückung von Themen durch benennbare Akteure sein (durch z.B. Praktiken des Ver-

¹ Der vorliegende Beitrag greift Überlegungen auf, die an anderer Stelle skizziert und inzwischen weiterentwickelt wurden (vgl. Fritsche/Güntner 2012).

² Die Vielfalt an Erwartungen an partizipative Verfahren und damit verbundene Vorstellungen von Qualität und Legitimität ist auch Thema der vhw-Evaluation des Städtenetzwerks..



Abb. 1: Stockbrot backen über offenem Feuer in der Nachbarschaft (Foto: Projektgruppe Tenerer)

schweigens, Verleugnens, Verschleppens und Verhinderns), es kann sich dabei aber auch um strukturelle Rahmenbedingungen oder Eigenschaften von Institutionen handeln, die es bestimmten Akteuren erlauben, Themen vorab festzulegen³.

Aus solchen Vorentscheidungen ergibt sich, dass lediglich jene Gruppen erreicht werden können, die sich eines spezifischen Interesses bereits bewusst sind. Wobei dieses Interesse – als weitere Limitierung – zudem in den räumlichen und thematischen Geltungsbereich der zugrunde liegenden Förderung fallen muss. Diese Engführung zu öffnen, ist das Ansinnen zahlreicher sozialer Bewegungen, die sich für ein „Recht auf Stadt“ einsetzen. Ihre Forderungen gehen explizit über eine reine Mitsprache an vorentschiedenen Programmen und verwaltungstechnischen Beteiligungsverfahren hinaus. Es geht ihnen vielmehr um Selbstermächtigung, Selbstbestimmung und städtische Gemeingüter, die der kapitalistischen Verwertungslogik entzogen werden sollen (vgl. Harvey 2013, Holm/Gebhardt 2011).

Spielräume in der Umsetzung

Die Gestaltung von Beteiligungsverfahren bietet Raum für Kreativität. Welche Instrumente entwickelt werden, um Menschen zu erreichen, und wie die Zielgruppen bestimmt werden – von der breiten Öffentlichkeit über Menschen in ihrer Rolle

als „Bewohner“ bis hin zu Altersgruppen –, wird von Initiatoren und durchführenden Akteuren entschieden. Diese greifen dabei auf eigene Erfahrungen und eigenes Know-how zurück. Die Reichweite dieser Entscheidungen ist immens: Was einem Planungsbüro als selbstverständlich erscheint, kann einen Stadtteilverein befremden. Und Methoden, die in Stadtteil A schon vielfach und erfolgreich eingesetzt wurden, können nur wenige Kilometer entfernt in Stadtteil B ins Leere laufen.

Diese kleinen, aber wichtigen Nuancierungen zeigen sich auch in der Strukturierung und Mandatierung von Beiräten. Hier finden sich hochschwellige und niedrigschwellige, starre und flexible Modelle. Ein möglichst offenes Forum kann viele Menschen erreichen und von Bewohnern großen Zuspruch bekommen. Die Offenheit kann es jedoch auch anfällig für Ad-Hocismus und Beeinflussung machen. Insbesondere, wenn es nicht nur um Deliberation, also den argumentativen Austausch zur Vorbereitung von Entscheidungen, sondern auch um die Entscheidungsfindung selbst (z.B. über die Vergabe von Fördermitteln) geht. Eher geschlossene, über Wahlen legitimierte Beiratsstrukturen werden daher oftmals von Wohnungsunternehmen und öffentlicher Verwaltung als verlässlicher eingeschätzt und bevorzugt⁴.

³ „Nicht-Entscheidungen“ sind eingebettet in das zweistufige Machtkonzept von Bachrach/Baratz (1977). Die beiden Politologen analysierten Macht nicht ausschließlich in traditionell handlungstheoretischen Kategorien, sondern rückten mit der Untersuchung der Mechanismen von „Agendasetting“ und „Gatekeeping“ eine zweite Dimension von Macht in den Fokus der Aufmerksamkeit (der Originaltitel ihrer Untersuchung lautete dementsprechend auch: „Two Faces of Power“).

⁴ Ein Beispiel, das diese Ambivalenz illustriert, ist der Quartiersrat im Berliner Quartiersmanagement Flughafenstraße. Dessen Mitglieder werden per Los festgelegt; überdies wurde vorab bestimmt, dass die Hälfte der Sitze für Bewohner auf Menschen mit Migrationshintergrund zu fallen habe. Diese weitreichenden Entscheidungen spiegeln ein Bestreben nach Legitimität durch eine Repräsentation der Bevölkerungsstruktur entlang eines spezifischen Merkmals (Herkunft) und Erfahrungen mit manipulationsanfälligen Wahlverfahren wider. Sie ziehen ihre Plausibilität aus dieser einleuchtenden, aber eben nicht alternativlosen Rationalität.



Bedeutsam ist daneben, wie die Beteiligungsarbeit organisatorisch aufgestellt und eingebunden ist: als Teil der Verwaltung oder als intermediäre Instanz, über ein professionelles Stadtplanungsbüro, einen sozialen Träger oder einen bewohnergetragenen Verein (vgl. für Varianten des Quartiersmanagements Grimm 2004).

Interaktion: Mikropolitik und lebensweltliche Passung der Beteiligungsarbeit

In der Durchführung von Beteiligungsverfahren kommt der Prozessmoderation eine Schlüsselposition zu. Quartiersmanager, Gemeinwesenarbeiter und andere Akteure, die diese Aufgabe wahrnehmen, stecken als Interpreten den Rahmen für Beteiligung ab und filtern unterschiedliche Formen der Interessenartikulation durch Bewohner (für Beispiele vgl. Güntner 2007, S. 275 ff.). Sie nehmen also eine Doppelrolle ein: als Partnerin und Unterstützerin auf der einen, aber auch als Hüterin über Verfahren und potenzielle Blockiererinnen einer Initiative auf der anderen Seite (vgl. Fehren 2006)⁵. Indem sie Informationen, vorgefundene Strukturen, vermeintliche und/oder reale Erwartungen sowie lokale Interessenartikulationen bündeln und gewichten, betreiben sie Mikropolitik (vgl. Fritzsche 2011). Hier kommen ihre bisherigen Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen, fachliche und soziale Kompetenzen, Orientierungen, politischen Einstellungen bis hin zu Geschmack und allgemeinen Haltungen und Wertorientierungen zum Tragen.

Als Folge können äußerst unterschiedliche Verständnisse von Beteiligung dominieren: Während die einen zur Gewährleistung eines reibungslosen Planungsverlaufs unter Einbezug lokaler Know-hows ein möglichst unparteiisches Beteiligungsmanagement betreiben, begreifen die anderen Beteiligung als offensive „Einmischungsstrategie“ und insofern als Beitrag zur praktischen politischen Bildung von Quartiersbewohnern und Versuch einer Demokratisierung des Quartiersalltags (vgl. ebd. S. 221 ff.).

Die Rahmenbedingungen der Förderung, die Instrumentenwahl und mikropolitische Umsetzungsaspekte können allerdings nur einen Teil der Partizipationsrealität erklären. Wesentlich ist nicht zuletzt auch die Situation der zu beteiligenden Personen. Munsch spricht hier von der biografischen und lebensweltlichen „Passung“ der Beteiligung: Menschen engagieren sich für Themen, die für sie biografisch relevant sind, und tun dies in Räumen und Zusammenhängen, in denen sie sich zugehörig und wohlfühlen (vgl. Munsch 2011, S. 51 f.). Überdies müssen sie über Ressourcen (z.B. Zeit, Geld) und Kompetenzen (v.a. Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit) verfügen, die sie zur Teilnahme befähigen und von ihnen in den Beteiligungsprozess eingebracht werden können.

⁵ Zu den gegensätzlichen Zielen von Quartiersmanagement vgl. auch Boettner 2005, der insbesondere das Spannungsfeld zwischen „Limitierung von Öffentlichkeit“ als Erfolgsbedingung für lokale Verhandlungssysteme und „maximaler Transparenz und Beteiligung aller Betroffenen“ (ebd. S. 36) als Forderung an den Prozess beleuchtet.

Es ist ein allgemeiner Befund der Engagementforschung, dass sich Menschen in prekären Lebensverhältnissen seltener bürgerschaftlich engagieren (Gensicke/Geiss 2010, S. 5 f.). Vielmehr stellen die Räume der Beteiligung eben auch Orte der Ausgrenzung dar (vgl. Geißel 2012; auch Klatt/Walter 2011, die auf mangelndes „Selbstvertrauen“ als Zugangsbarriere hinweisen, ebd. S. 193). Böhnke betont das in zweifacher Hinsicht problematische Verhältnis von sozialer Ungleichheit und neuen Beteiligungsformen: Auf der einen Seite werde ein „hohes Kompetenzniveau in Bezug auf Verhandlungsgeschick, strategisches Denken, Redegewandtheit, Selbstvertrauen“ vorausgesetzt, auf der anderen Seite nehme die „Bereitschaft (...), sich für die Allgemeinheit zu engagieren“, durch „stark polarisierte Lebenschancen und ein (...) Ungerechtigkeitsempfinden in einer Gesellschaft“ ab (Böhnke 2011, S. 20).

In der Quartiersentwicklung finden sich vor allem Beteiligungsmodi, die Personen und Gruppen adressieren, die sich als „Partner“ oder „Ko-Produzenten“ verstehen und die sich, ausgestattet mit Bildungskapital, Kontakten und Verhandlungskompetenzen, kooperativ-unterstützend in die Erstellung von Projekttagenden einbringen können. Die genutzten Räume und die dominanten Formen der Kommunikation sind ihnen bekannt. Die Relevanz der behandelten Sachverhalte oder die Aussicht auf neue Kontakte ist für sie so hoch, dass sie Zeit und Energie dafür aufwenden. Das kann dazu führen, dass sich vor allem die Projekte von kooperations- und beteiligungserfahrenen Gruppen gegenüber „schwachen Interessen“ durchsetzen⁶. Die Gefahr steht also im Raum, dass die Teilnahme solcher „starken Partner“ die Benachteiligung nicht teilnehmender Gruppen, die eben nicht mit dem Pfund einer überdurchschnittlich guten Ausstattung mit Ressourcen und Kompetenzen wuchern können, eher noch verschärft.

Demokratische Qualität von Beteiligung – eine Orientierung für Gestaltung und Bewertung

Aus dem Zusammenspiel von Rahmenbedingungen, Umsetzungspraxis, individueller Ressourcen- und Kompetenzausstattung sowie der partizipationsbezogenen Haltung der Akteure resultieren verschiedene Probleme, die – auch unbeabsichtigt – die Beteiligungsarbeit behindern und Ausgrenzungserfahrungen bei den nicht beteiligten Gruppen hervorrufen können. Aus einer strikten Zielorientierung resultiert vor allem die „Effektivitätsfalle“ (Munsch 2005): Beteiligungsarbeit kann sich dann nur jenen Menschen und Gruppen widmen, die sich auf eine ziel- und projektorientierte Diskussion einlassen können oder wollen und bereit oder in der Lage sind, Zeit und Ressourcen dafür aufzubringen⁷.

Ein zweiter Problembereich ist eng mit der Zielorientierung verbunden: Die Beteiligungsarbeit muss Probleme und The-

⁶ Zur Theorie schwacher Interessen vgl. Winter (2000) unter Bezug auf Offe (1972).



men oftmals so behandeln, dass sie als Projektanträge formuliert werden können, d.h. mit einem Start- und Zielpunkt und einer vermuteten Wirkung, die für den Antrag zumindest beschrieben und nach Projektende idealerweise (in welcher Form auch immer) gemessen werden kann. Entsprechend werden Komplexitäten reduziert und Sachverhalte förderkompatibel „zurechtgestutzt“ (vgl. Güntner 2007, S. 307 ff.). Eine solche „Politik durch Projekte“ kann nur selektiv eben jene Inhalte aufgreifen, die in die vorgegebene Förderschablone passen. Durch diese Orientierung am „realistisch Machbaren“ werden systematisch konsensfähige und zu bewältigende Aufgaben von eher niedrigem Konfliktniveau bearbeitet: die „Simplifizierungsfälle“ tut sich auf. Als Konsequenz werden Projekte begünstigt, die sich nahtlos in die Agenda der Prozessmoderatoren einfügen, leicht umsetzbar und konfliktarm sind und sich gut über aussagekräftige Bilder „verkaufen“ lassen (vgl. Bernt/Fritsche 2005).

Die Gefahr der Simplifizierung ergibt sich auch aus der Konsensorientierung der Beteiligungsgremien (vgl. grundlegend Mouffe 2007, Thaa/Linden 2008). Mit ihr einher geht die Verdrängung marginaler Positionen. Anfangs noch diffuse Interessen bekommen keine Gelegenheit, sich über einen längeren Zeitraum zu entfalten, konkreter zu werden und später dann zu artikulieren. Sie werden zwangsläufig ausgeblendet. Dies ist ein zentraler Unterschied der umsetzungsorientierten Beteiligungsarbeit zu langfristig angelegten Ansätzen der Gemeinwesenarbeit und des *Community Organizing*, die genau diese Artikulationsprozesse in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen (vgl. Alinsky 1973, Mohrlok u.a. 1993).

Die hier skizzierten „Beteiligungsfallen“ sind durchaus lösbar. Auf allen drei Ebenen der Regulierung finden sich dazu Ansätze. Insbesondere geht es dabei darum, Beteiligungsarbeit nicht auf Projekte zu reduzieren, sondern als selbstverständlichen Bestandteil von administrativem Handeln seitens öffentlicher Hand und Wohnungswirtschaft zu betrachten. Zum anderen geht es um eine langfristig angelegte und sichergestellte Gemeinwesenarbeit, die dabei unterstützt, eine Öffentlichkeit zu schaffen, um lokale Belange zu thematisieren und auf die Agenda zu bringen.

Hier kommen ebenfalls aus der Gemeinwesenarbeit bekannte Instrumente wie etwa die aktivierende Befragung ins Spiel. Bedeutend ist, das Vorgehen eben nicht auf schnelle Lösungen auszurichten, sondern zunächst über alltagsorientierte Bildungsarbeit einen Raum zu schaffen, in dem Interessen identifiziert, artikuliert und gehört werden können. Ausgangspunkt der Beteiligungsarbeit ist dann, hier kann an Lefebvre

angeknüpft werden, der „gelebte“ soziale Raum der Bewohner – und nicht der „abstrakte“ Raum der Bürokratie (vgl. Lefebvre 1991).

Ausblick

Um die hier genannten Auswege aus den beschriebenen Beteiligungsdilemmata nutzen zu können, muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden: Veränderte Rahmenbedingungen, die auf Strukturen und eine Veralltäglichung von Beteiligung statt auf außergewöhnliche Projekte setzen, sind sicherlich in erster Linie zu nennen. Doch auch im Rahmen der bestehenden Förderprogramme gibt es Spielräume, die genutzt werden können. Wenn die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet und die Prozesse umsichtig moderiert werden, bieten diese Spielräume prinzipiell eine Gelegenheit, Bündnisse zwischen verschiedenen sozialen Gruppen zu fördern und auch weniger artikulationsstarke Teilnehmer in ihrer Durchsetzungsfähigkeit zu stärken. Entscheidend dabei ist, dass die Räume mit Qualitäten gefüllt werden, die sich nicht aus den Förderzusammenhängen selbst ergeben. Hier kommen die Haltungen der Prozessmoderatoren zu partizipativen Verfahren sowie ihre Werteorientierung zum Zuge. Ansätze der Bewusstseinsbildung nach Freire und die aktivierende Beziehungsarbeit nach Alinsky, wie sie in der langen Tradition der Gemeinwesenarbeit entwickelt und immer wieder neu interpretiert wurden, bieten einen Fundus, auf den zurückgegriffen werden kann und auch sollte (vgl. stellvertretend dazu Karas/Hinte 1978, May 1997, Fehren 2006, Landhäußer 2009, Stövesand 2009).

In diesem Zusammenhang ist schließlich auf den geradezu subversiven Auftrag und Charakter der Förderprogramme zur Quartiersentwicklung hinzuweisen: Die euphorischen Programmbeschreibungen lassen gar keine andere Wahl, als diese Arrangements als bewussten Impuls zu deuten, das tradierte Zusammenspiel von Politik und Verwaltung durchzurütteln, um damit neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit zu etablieren. Zugleich nutzen die beteiligten Akteure gerade wegen der Unterbestimmtheit und Vagheit der Ziele diese Programme, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen und Machtpositionen zu erlangen (vgl. Sullivan 2009). Es wäre von Beteiligungsarbeitern also regelrecht fahrlässig, die Einladung zur Mitgestaltung nicht durch eigenständige Orientierungen zu beantworten und sich umstandslos der Verwaltungssicht anzuschließen. Fehren bezeichnet diese Gemengelage als *Verdopplung des doppelten Mandats*: „Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz (...) bezieht ihre Doppelfunktion von Hilfe und Kontrolle (...) nicht nur auf ihre Adressat/innen, sondern auch auf den ‚anderen‘ Nutzer der Sozialen Arbeit: den bezahlenden Kunden, also den lokalen Staat“ (Fehren 2006, S. 592). Es geht also darum, so führt er weiter aus, sich „mit konzeptioneller Klarheit und breiter Legitimationsbasis immer wieder genau in das Spannungsverhältnis von Regolverletzung und Realpolitik zu begeben“ (ebd. S. 293). Die

⁷ Munsch's Konzept der Effektivitätsfalle ist indes noch weiter gefasst: Neben der Ausgrenzung bestimmter Gruppen und der Ausblendung bestimmter Themen durch die Orientierung an Effektivität verweist sie auch auf „die Gefahr, dass sozial benachteiligte BewohnerInnengruppen mit ihrem Engagement auf ihre benachteiligten Gruppen und Stadtteile beschränkt und die gesellschaftlichen Strukturen, die ihrer sozialen Benachteiligung zugrunde liegen, ausgeblendet bleiben“ (Munsch 2005, S. 128).



geforderte „konzeptionelle Klarheit“ kommt dem nahe, was Staub-Bernasconi als „drittes Mandat“ der Sozialen Arbeit bezeichnet und unseres Erachtens gut auch und insbesondere für die Beteiligungsarbeit zutrifft – „ein eigenes, wissenschaftlich und ethisch begründetes Referenzsystem, das der Profession eine kritisch-reflexive Distanz“ gegenüber den Förderzusammenhängen ermöglicht (Staub-Bernasconi 2007). Das Bewusstmachen der Beteiligungsdilemmata wird dann zu einem Teil des Auftrags. So können falsche Erwartungen und Enttäuschungen vermieden werden.

Dr. Miriam Fritsche

Politikwissenschaftlerin, freie Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Sozialwirtschaft (DISW) in Kiel

Prof. Dr. Simon Güntner

Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), Hamburg

Quellen:

- Alinsky, Saul (1973): Leidenschaft für den Nächsten – Strategien und Methoden der Gemeinwesenarbeit, Offenbach: Burckhardt/Laetare Verlag.
- ARGEBAU (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ vom 1.3.2000, veröffentlicht in DIFU (2003): Strategien für die Soziale Stadt – Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“, Berlin, S. 297–309.
- Bachrach, Peter/Baratz, Morton S. (1977): Macht und Armut. Eine theoretisch-empirische Untersuchung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bernt, Matthias/Fritsche, Miriam (2005): Von Programmen zu Projekten. Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hg.): Praxis ohne Theorie? Wiesbaden: VS Verlag, S. 202–218.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 18–25.
- Boettner, Johannes (2005): „Feind hört mit!“ – Diskretion und Öffentlichkeit in der lokalen Beteiligungskultur, in: Weiske, Christine/Kabisch, Sigrid/Hannemann, Christine (Hg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten, Wiesbaden: VS Verlag, S. 36–58.
- Fehren, Oliver (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend?, in: neue Praxis 6/2006, S. 575–595.
- Fritsche, Miriam (2011): Mikropolitik im Quartier. Bewohnerbeteiligung im Stadtumbauprozess, Wiesbaden: VS Verlag.
- Fritsche, Miriam/Güntner, Simon (2012): Partizipation ohne Teilhabe? Fallstricke der Beteiligungsarbeit in der Umsetzung von Förderprogrammen zur Quartiersentwicklung, in: Standpunkt Sozial 1+2 / 2012, S. 58–67.
- Fung, Archon (2006): Varieties of Participation in Complex Governance, in: Public Administration Review, December 2006, Special Issue, S. 66–75.
- Geißel, Brigitte (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, 38-39/2012, S. 32–37.
- Geißel, Brigitte/Roth, Roland/Collet, Stefan/Tillmann, Christina (2014): Partizipation und Demokratie im Wandel: Wie unsere Demokratie durch neue Verfahren und Kombinationen repräsentativer, deliberativer und direkter Beteiligung gestärkt wird, in: Bertelsmann-Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 489–503.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligenurveys 2009 – Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München.
- Grimm, Gaby (2004): Stadtentwicklung und Quartiermanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen, Essen: Klartext.
- Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik – Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung, Bielefeld: transcript.
- Harvey, David (2013): Rebelle Städte, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg: VSA.
- Karas, Fritz/Hinte, Wolfgang (1978): Grundprogramm Gemeinwesenarbeit, Wuppertal: Jugenddienst-Verlag.
- Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld: transcript.
- Kuder, Thomas/Ritzi, Claudia (2013): Die Wirkung der Mitwirkung – Dialog im Stresstest, in: vhw Forum Stadtentwicklung 4/2014, S. 215–220.
- Landhäußer, Sandra (2009): Community-Orientierung in der sozialen Arbeit – die Aktivierung von sozialem Kapital, Wiesbaden: VS Verlag.
- Lefebvre, Henri (1991): The Production of Space, Oxford: Blackwell.
- May, Michael (1997): Gemeinwesenarbeit als Organizing nicht nur von Gegenmacht, sondern auch von Erfahrung und Interessen, in: Widersprüche, 17. Jg., Heft 65, S. 13–31.
- Mohrlok, Marion/Neubauer, Michaela/Neubauer, Rainer/Schönfelder, Walter (1993): Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich, München: AG SPAK.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische – Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Munsch, Chantal (2005): Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung, Hohengehren: Schneider.
- Munsch, Chantal (2011): Engagement und Ausgrenzung – theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3/24, S. 48–55.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit – Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft, in: Lob-Hüdepohl, Andreas/Lesch, Walter (Hg.): Einführung in die Ethik der Sozialen Arbeit, Stuttgart: UTB/Schöningh, S. 20–53.
- Stövesand, Sabine (2009): Profession und Politik – die eigenen Werte ernst nehmen, in: Standpunkt Sozial 1/2009, S. 14–21.
- Sullivan, Helen (2009): Subversive spheres: neighbourhoods, citizens and the ‚new governance‘, in: Barnes, Marian/Prior, David (Hg.): Subversive Citizens – power, agency and resistance in public services, Bristol: Policy Press, S. 49–66.
- Thaa, Winfried/Linden, Markus (2008): Entpolitisierung durch deliberative Rationalisierung?, Vortrag bei der Gemeinsamen Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) und der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft (SVPW) „Die Verfassung der Demokratien“, 21. bis 23. November 2008 an der Universität Osnabrück (Ms.).
- Winter, Thomas von (2000): Soziale Marginalität und kollektives Handeln. Bausteine einer Theorie schwacher Interessen, in: Willems, Ulrich/Winter, Thomas von (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen: Leske und Budrich, S. 39–60.